

# Die Antworten Bunsens auf die Note der Kurie vom 15. März 1836.

Von Hubert Bastgen.

## I.

*Die Note Bunsens vom 15. April 1836.*

Wir haben die Note der Kurie vom 15. März 1836, ihre Entstehung und die Grundlage, auf der sie beruht, kennen gelernt <sup>1)</sup>. Bunsen begnügte sich zunächst, dem Kardinalstaatssekretär Lambruschini am 17. März den Empfang derselben zu bestätigen, indem er eine ausführliche Antwort für später in Aussicht stellte, nachdem er Anweisungen von Berlin erhalten habe. Dieses Schriftstück <sup>2)</sup> hat folgenden Wortlaut:

De la Légation de Prusse  
le 17 mars 1836.

Confidentielle.

Monseigneur

Permettez-moi de vous assurer préalablement par ces lignes confidentielles la réception de la note que V. E. m' a adressée en date du 15 du courant et que j'ai eu l'honneur de recevoir hier.

Après l'avoir étudiée, je trouve que son contenu est d'une telle gravité, que la rédaction de la réponse à la partie qui en est susceptible de ma part, avant que j'aie reçu les ordres ultérieurs de ma cours exige un délai de quelques jours. C'est à cause de cette même gravité que je n'ai pas cru devoir laisser en attendant V. E. un moment dans l'incertitude sur la réception d'un document si important. Je prie V. Eminence Rev.me d'être persuadé, que je ne

---

1) Vgl. diese Zeitschrift XXXIII, 111 und XXXV, 413.

2) Vat. Geh. Archiv. Segreteria di Stato. Ministro di Prussia. Protokollnummer 42.794. Diese und die anderen hier zum Abdruck kommenden Schriftstücke des Vat. Geh. Archivs sind ganz von der Hand Bunsens geschrieben.

perdrai pas un moment pour lui remettre la réponse préalable, mais officielle, qui accompagnera l'accusé formel de réception, et d'agréer l'expression renouvelée de la plus haute considération avec laquelle j'ai l'honneur d'être

Monseigneur  
De Votre Eminence Rev.me  
le très humble et obéissant serviteur  
Bunsen.

A son Eminence Rev.me  
Monseigneur le Cardinal Lambruschini  
Secrétaire d'État de S. S. etc. etc. etc.

Am gleichen Tage schrieb Bunsen <sup>3)</sup> seinem Vorgesetzten, dem Außenminister Ancillon:

“Ew. Exc. sind durch eine Reihe von Berichten auf die Mitteilung vorbereitet, die ich Hochdemselben heute zu machen habe. Die lange vorbereitete, beschwerende offizielle und auf ausdrücklichen Befehl des Papstes verfaßte und eingegebene Note des Kardinal-Staatssekretärs ist mir gestern zugekommen. Der päpstliche Hof hat durch seine Freunde eine boshaft verstümmelte und darum verdrehte Abschrift der geheimen *Instruktion der Bischöfe* <sup>4)</sup> an die General-Vikariate, erhalten und gründet darauf die bittersten Beschwerden, welche mit der Drohung schließen, die von den Bischöfen (: im Einverständnis mit Rom :) nicht bekanntgemachte Instruktion des Kardinals Albani mit erklärender Einleitung zu publizieren. — Der zweite Teil der Note enthält die Beschwerden über die angebliche unerträgliche *Unterdrückung der katholischen Kirche in der Monarchie nach Grundsätzen und angeblichen Tatsachen*, wie sie mir früher vertraulich mitgeteilt waren, mit Auslassung jedoch einiger der letzteren, über welche meine Bemerkungen nicht ohne Frucht geblieben zu sein scheinen. — Der dritte Teil der Note erklärt die *Absicht des Papstes*, einen Repräsentanten nach Berlin zu senden, der in Zukunft zeitig Vorstellungen machen könne, welche traurigen Kollisionen vorbeugen möchten.

Ew. Exc. werden mir das gütige Zutrauen schenken, daß ich in diesen entscheidenden Augenblicken weder etwas vernachlässigen

3) Geh. Preuß. Staatsarchiv. Rep. III. Gem. Ehen. Nr. 90. A. 1313 v. 2. April 1836.

4) Siehe unten S. 218.

werde, was die Ehre des Königs und des kgl. Dienstes erheischt, noch etwas Übereiltes tun werde, was Klugheit und Friedensliebe verbieten. — In dieser beruhigenden Voraussetzung dürfte ich mich heute aller weiteren Berichterstattung enthalten: es würde doch fast unmöglich sein, Ew. Exc. irgend etwas Genügendes vorzulegen, ohne das Dokument selbst und meine erläuternden Mitteilungen über jeden einzelnen Punkt einzusenden, was durchaus untunlich ist des Inhaltes wegen. Ich werde noch einen Versuch machen, durch konfidentielle Mitteilung der officiellen Antwort, mit deren Ausarbeitung ich beschäftigt bin, und die ich nach Maßgabe der Umstände, und insbesondere nach dem Geiste des verehrlichen Reskripts vom 22. Januar d. J. auf das Notwendigste beschränken werde, die hiesige Regierung zu bewegen, ihre ganz unglaubliche Note zurückzunehmen<sup>5)</sup>. Die Beratungen und Erörterungen hierüber werden bis Ostern dauern: im Fall sie zu nichts führen, werde ich gegen den 8. April alles durch eine sichere Person mit möglichster Kostenersparnis nach Berlin abgehen lassen. Ich habe dabei nur die tröstende Hoffnung wiederholt auszusprechen, Ew. Exc. wollen unterdessen sich durch das

---

5) Gemeint ist die Weisung Ancillons an Bunsen vom 22. Jänner 1836: „Für den Fall, wenn der Papst seine darin [d. h. im Bericht Bunsens vom 24. Dez. 1824] erwähnte Absicht, Beschwerden gegen das diesseitige Gouvernement mittelst einer ihnen zu übergebenden Note amtlich zur Sprache bringen zu lassen, wider Verhoffen noch in Ausführung bringen sollte, werden Ew. Hochwohlgeboren in vorläufiger Erwidern auf den fraglichen Bericht hierdurch ermächtigt, eine solche Note sofort [von Ancillon unterstrichen] mit entschiedener Zurückweisung aller darin enthaltener, lediglich auf Verleumdungen beruhender Beschwerden zu erwidern und dem römischen Hofe darüber, daß er diesen Verleumdungen, anstatt sich an die entgegenstehenden Tatsachen zu halten, Glauben schenke, unser Bedauern auszudrücken, denselben auch für die Folgen der Störung eines guten Einverständnisses mit dem königl. Gouvernement, welche zum Nachtheile der katholischen Kirche daraus erwachsen könnten, in festem Tone allein verantwortlich zu machen. — Es wäre in der Tat eine unbegreifliche Verblendung des Papstes, wenn derselbe, nachdem er sich neuerlich erst von der Grundlosigkeit der gegen den Grafen v. Sedlnitzky [den Bischof von Breslau] bei ihm angebrachten Denunziationen hat überzeugen müssen, gleichwohl durch dergleichen Verleumdungen sein wohl begründetes Vertrauen zu der Loyalität des hiesigen Gouvernements ferner untergraben lassen, gegen so viele neuen und ältern, dieses Vertrauen rechtfertigende Tatsachen die Augen verschließen und der Besorgnis Raum geben sollte, daß Preußen ihn in den Fall setzen werde, ähnliche bittere Erfahrungen zu machen, als ihm solche durch die Handlungsweise der katholischen Gouvernements von Spanien, Portugal und Brasilien neuerlich erst bereitet worden sind.“

mir so oft geschenkte gütige Vertrauen, vollkommen beruhigt finden. Wie sich auch immer die Sache gestalte, so werden Hochdieselben finden, daß ich mich bemüht habe, dasselbe zu verdienen."

Die Unterredungen, die nun Bunsen mit dem Kardinal Lambruschini hatte, ließen bald erkennen, daß die Note von 15. März nicht zurückgezogen werde. Am 2. April <sup>6)</sup> schrieb Bunsen an Ancillon:

"In Verfolg meines gehorsamsten Berichts vom 17. März, kann Ew. Exc. ich heute nur melden, daß meine Unterhandlungen mit dem Kardinal-Staatssekretär mir wenig Hoffnung lassen, daß die Note werde zurückgenommen werden. Er hat mich wegen der Festlichkeiten und Abhaltungen in der Charwoche um Aufschub bis nach dem Feste gebeten, um die Sache recht mit Muße zu besprechen. Dies wird die Absendung der Note und meines ausführlichen Berichts wohl bis gegen den 15. oder 18. April aufhalten, wozu ich meinerseits alles in Bereitschaft halte. Bis dahin muß ich mir auch erlauben das verehrliche Reskript vom 12. März, welches ich am 26. d. zu erhalten die Ehre hatte, unbeantwortet zu lassen."

Nach Ostern nahm Bunsen die Verhandlungen mit Kardinal Lambruschini wieder auf. Hören wir, was er darüber am 21. April an Ancillon berichtete:

"Ew. Exc. eile ich, von der weiteren Entwicklung der Krise der hiesigen Verhältnisse seit meinem letzten gehorsamsten Bericht vom 2. April vorläufige Rechenschaft abzustatten. Ich hatte mir vorgesezt einen Monat verstreichen zu lassen, ehe ich die zwar vorläufige, aber doch offizielle und energische Antwort eingäbe, welche die Note des Kardinal-Staatssekretärs vom 15. März erforderte. Dieser Zeitraum schien mir notwendig, nicht sowohl zur Ausarbeitung meiner Note, sondern um dem Eintreten und Wirken vernünftiger Motive und verständiger Überlegung seitens des hiesigen Hofes Raum zu geben: um so mehr, da mein persönliches Verhältnis zu dem Kardinal Lambruschini ein ganz neues war <sup>7)</sup>. Ich benutzte

---

6) Ebendas. A. 1498 am 15. April. Kanzleivermerk: A. 1313 (oben S. 210) noch unerledigt.

7) Vgl. hierüber Bastgen, Forschungen und Quellen zur Kirchenpolitik Gregors XVI. (1929) 81.

diese Zeit um sein persönliches Vertrauen zu gewinnen und ihn mit dem wirklichen Stande der Dinge in der Monarchie bekannter zu machen. Am 16. d. begab ich mich zu ihm mit meiner unterdessen sorgfältig ausgearbeiteten 60 Seiten langen Note [vom 15. April], der nichts als die Unterschrift fehlte. Der stärkere Punkt derselben war die Abweisung des Angriffs auf die köngl. Verordnung vom 13. Mai 1833 wegen des Verfahrens beim Erlöschen von Parochien, deren Sinn man hier auf das Unglaublichste verdreht hatte. Die entscheidenden Ausdrücke der Note erlaubten einigermaßen einen Zweifel, ob man wirklich die unsinnige Meinung habe, daß dadurch das katholische Gemeinde-Vermögen in die Hände der Evangelischen gespielt werden sollte. Ich fragte den Kardinal also noch einmal bestimmt über diesen Punkt, ohne ihm natürlich etwas weiteres zu sagen. Er bat sich Bedenkzeit aus. Gestern also, als dem nächsten Konferenztage, meldete ich mich. Er sagte, die Ausdrücke seien nicht ganz klar: es scheine ihm aber allerdings, als können sie, wie das Gesetz selbst, nur jenen Sinn haben. Auf diese Worte zog ich meine Note hervor, indem ich ihm erklärte: dieser Vorwurf sei so grundlos wie alles andere und sehr leicht zu widerlegen: eben deshalb habe ich weder Abschrift noch seine Note [vom 15. März] eingesendet, in der Hoffnung, auf diese Weise schwereren Verwickelungen vorzubeugen, und bat ihn, meine Note zu lesen. Als er sich unschlüssig zeigte, sie anzunehmen, ergriff ich die Feder, sie zu unterzeichnen, indem ich ihm stärker sagte: der hl. Stuhl werde, wenn diese Dokumente bekannt würden, keine glänzende Figur machen. Bestürzt bot er mir an, die Note an Mgr. Cappacini [1] zu senden, der sie leichter konfidentiell annehmen könne als er. Nichts konnte mir natürlich erwünschter sein.

Innerhalb acht Tagen wird wahrscheinlich alles entschieden sein. Die Verblendung des Papstes ist übrigens zu groß, als daß ich einen anderen Erfolg hoffen könnte, als die tröstliche Überzeugung, alles getan zu haben, um den hiesigen Hof von einem unbedachten Schritte abzuhalten. So wie die Entscheidung gefaßt ist, werde ich alles auf die sicherste und schleunigste Weise einzusenden nicht ermangeln."

Die vertrauliche Mitteilung der Note vom 15. April verfehlte, wie Bunsen am 26. April an Ancillon schrieb, ihren Zweck nicht: „Man hat sich bereit erklärt, die römische Note umzuschreiben, indem man sie in eine konfidentielle umwandeln und die anstößigen

Stellen mildern, wenn auch ich konfidentiell antworten und einige starke Stellen auslassen wolle. Natürlich habe ich dieses angenommen; heute noch erhalte ich die römische Note nach Verabredung umschrieben und das Umschreiben der meinigen wird übermorgen vollendet sein." Am 6. Mai <sup>8)</sup> wollte Lambruschini die umgeänderte Note Bunsens vom 15. April dem Papste überreichen. „Ich habe Grund zu glauben“, so meinte Bunsen, „daß sie einen guten Eindruck hervorbringen wird, bis auf einen gewissen Grad.“ Er hielt es für ein gutes Zeichen, daß der Papst nach dem Tage, an dem er die vertraulichen Besprechungen mit Capaccini über die Umarbeitung der beiden Noten beendet hatte, diesem Prälaten die Stelle <sup>9)</sup> des Sekretärs der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten mit Beibehaltung seines Postens als Unterstaatssekretär angeboten hatte. „Trotz der Lasten, die er sich dadurch aufbürdet, wird er sie annehmen, um einer unglücklichen Wahl für die wichtigen Stellen der kirchlich politischen Regierung vorzubeugen.“ Bunsen hoffte in acht Tagen die Äußerung des Papstes nach Berlin melden zu können.

Über den weiteren Verlauf der Sache berichtete Bunsen am 16. Mai <sup>10)</sup> ausführlich an Ancillon:

„. . . Vorigen Freitag als am 13. d. M. begab ich mich der Ew. Exc. durch einen chiffrierten Bericht vom 5. Mai mitgeteilten Verabredung gemäß, zum Kardinal-Staatssekretär, um zu hören, was der Papst zu dem ihm vorgetragenen Auszuge aus meiner Note gesagt habe. Der Kardinal kam mir mit der Äußerung entgegen: er habe die Sache heute garnicht zum Vortrage gebracht, weil <sup>11)</sup> die Gelegenheit nicht günstig gewesen. Ich wußte wirklich auch schon anderweitig, daß S. Heiligkeit an diesem Tage beim Vortrag absonderlich übler Laune gewesen seien. Er setzte hinzu: wenn ich es nicht ausdrücklich verlange, werde er den Augenblick zum Vortrage über diesen Gegenstand wählen, den er für den geeignetsten halte. Ich erwiderte hierauf, daß ich die Angelegenheit mit vollem Vertrauen in seine Hände lege; er möge damit nach der wohlwollenden Gesinnung verfahren, die er mir mehrmals ausgesprochen. Der Kardinal nahm dies sehr gut auf

8) Bericht Bunsens vom 5. Mai 1836.

9) Sie war erledigt durch die Erhebung Frezzas zum Kardinal.

10) Geh. Preuß. Staatsarchiv a. a. O. A. 2198 v. 3. Juni 1836. Bericht IV.

11) Von Bunsen unterstrichen.

und sagte: ich könne überzeugt sein, er werde nur für alles sein, was Frieden und Einigkeit zwischen beiden Höfen erhalte. Ich bat ihn um Mitteilung über die eingereichte vertrauliche Note [vom 15. April]. Er erwiderte darauf zuerst, es komme ihm doch vor, als seien einige Stellen derselben etwas stark und scharf. Ich bat ihn, sie mir namhaft zu machen. Er führte mir darauf meine Schlußbemerkung bei der Antwort auf den Punkt wegen der gemischten Ehen an, worin ich dem Papste zu verstehen gebe, es wäre billig gewesen, daß er die Antwort der Bischöfe [auf das Breve über die gemischten Ehen vom 25. März 1830] abgewartet, und eine andere (bei Erwidrerung auf die Klage über den Mangel der bischöflichen Gerichtsbarkeit), worin ich sage, daß der Hl. Stuhl sich durch sein Verfahren des Vergnügens beraubt habe, von ihnen zu vernehmen, daß diese und ähnliche Punkte ihren Wünschen gemäß erledigt seien. Ich setzte ihm nun auseinander, daß ich die Wahrheit und meine Pflicht verletzt haben würde, wenn ich das Außerordentliche des diesmaligen Verfahrens ganz mit Stillschweigen hätte übergehen wollen, ich hätte Stärkeres sagen müssen und wirklich gesagt für den Fall einer officiellen Antwort auf eine officielle Note. Von der Verteidigung ging ich nun auf den Angriff über und zeigte dem Kardinal kurz, wie das beobachtete Verfahren des Papstes ganz das Gegenteil der bisherigen Sitte sei. Der Kardinal ließ sich nicht auf eine Antwort ein, sondern sagte offen: „ich will Ihnen nur wiederholen, daß ich die Note beim Antritte meines Amtes auf dem Tische gefunden und zwar weniger angenehm, als ich sie Ihnen zugefertigt.“ Da ich weiß, in welchem Grade dies wahr ist, so erkannte ich seine freundliche Gesinnung mit aufrichtigem Danke an und bat um weitere Angabe seiner Bemerkungen. „Hinsichtlich der Sendung eines päpstlichen Repräsentanten scheinen Sie zwar (sagte er) nichts im allgemeinen einzuwenden, allein Sie weisen praktisch die ganze Sache ab, indem Sie zu verstehen geben, der Papst müsse erst eingestehen, daß er Unrecht gehabt, ehe davon die Rede sein könne, daß man seinen Gesandten annehme. Um im engsten Vertrauen zu reden, kann ich Ihnen nur versichern, daß uns von allen Seiten so viele Berichte zukommen, von der persönlichen Abgeneigtheit S. M. gegen unsere Kirche, daß nichts in der Welt das Mißtrauen aus dem Herzen des Papstes bringen wird, als ein beruhigender Bericht eines Mannes, den er an Ort und Stelle ge-

s a n d t.“ — Indem ich nun wegen dieses Punktes dem Kardinal erzählte, was ich in der Audienz bei Überreichung des Beglaubigungsschreibens als Gesandter dem Papste über die Notwendigkeit gesagt hatte, die veraltete Ansicht ganz aufzugeben, als sei die Anhänglichkeit eines evangelischen Landesherrn an seine Kirche ein Beweis von Feindschaft gegen Rom und Streben, die katholische Kirche zu bedrücken, mithin ein vernünftiger Grund von Maßregeln gegen denselbigen. Ich wiederholte ihm die ganze damalige Unterredung mit dem Papste, wie ich sie in der Depesche Nr. 18 vom Jahr 1835 ausführlich und treu niedergelegt habe. Er schien auch die praktische Wahrheit meiner Behauptung einzusehen, daß die Fürsten unserer Zeit vom römischen Hofe nach ihren Handlungen und ihren Regierungsprinzipien, nicht aber nach ihrem Religionsbekenntnisse beurteilt werden müßten. Er kam dann wieder auf die abweisende Natur meiner Äußerung zurück, — wegen der Sendung eines päpstlichen Gesandten, und fragte, mit welchem Rechte man dem Papste als Souverän die Reziprozität streitig machen könne? Ich erwiderte hierauf, mich auf die Note [vom 15. April] beziehend, wie ich gar nicht ermächtigt sei, über diesen Punkt mit dem römischen Hofe in irgend eine Verhandlung einzugehen, und wie meine Note nichts sage, als was die allgemeine europäische Sitte mit sich bringe, daß man nämlich eine Gesandtschaft nicht an einen Hof sende als Ankläger, sondern als einen Ausdruck von Freundschaft; daß beide Höfe aber jetzt im Streite leben, wenn auch nicht im Kriege; daß dieser Streit erst durch gegenseitige Erklärungen müsse ausgeglichen werden; daß ein päpstlicher Repräsentant in Berlin, falls sich eine, beiden Höfen passende Form fände, offenbar auf eine gute Aufnahme nur<sup>11)</sup> rechnen dürfe, wenn er dem Könige danken wolle für seine den Katholiken und Rom bewiesene Freundlichkeit, nicht aber wenn er komme, um sich über vorgebliche Feindseligkeiten zu beklagen. Gegen das Argument konnte er natürlich nichts einwenden, und so war das Gespräch darüber beendet. „Sie können überzeugt sein, daß man sich nicht übereilen wird“ sagte der Kardinal zum Schluß seiner Bemerkungen. „Alles aber (sagte er), hängt davon ab, ob Sie glauben, daß die Bischöfe wirklich<sup>11)</sup>

11) Von Bunsen unterstrichen.



dem Papste schreiben, und bald.“ „Ich darf daran nicht zweifeln“ (sagte ich) „natürlich kommen die gesammten Akten dem Königl. Hofe erst im Anfang Junius zu, und so muß man jedenfalls zwei Monate rechnen, im Falle die Bischöfe noch nicht geschrieben haben, sie dazu aufzufordern; ich werde also im August die Antwort erwarten können.“ — Er schien hierauf einen entschiedenen Wert zu legen und zwar aus der freundlichsten Gesinnung.

Mgr. C a p a c c i n i versicherte mich, daß nur durch die Zusage einer solchen Antwort innerhalb einer mäßigen Frist der Papst abgehalten werden könne, Schritte zu tun, welche die ganze ruhige Entwicklung der Angelegenheit auf immer zu verderben geeignet sein möchten.

Ich kann Ew. Exc. daher diese Angelegenheit nicht dringend genug ans Herz legen, in der festen Überzeugung, daß sie nur durch Hochdero kräftiges Ergreifen in den beiden jetzt vorliegenden praktischen Hauptpunkten: des schleunigen Schreibens der Bischöfe an den Papst und eine auf hier geltend zu machende Gründe beruhende und der Behauptung des hiesigen Gesandtschaftspostens nicht zuwiderlaufende königl. Entschließung hinsichtlich der Zulassung einer außerordentlichen Mission Roms<sup>11)</sup>, eine Katastrophe vermieden werden kann.

Alles, was ich in den letzten Wochen habe beobachten können und was das weitere Nachdenken über diesen kritischen Punkt mich gelehrt hat, bestärkt mich in der Ansicht, daß die einzige zulässige<sup>11)</sup> Form die einer außerordentlichen Mission sei, wie die des Mgr. Bernetti nach Petersburg war. — Sie muß nur als eine solche<sup>11)</sup> angenommen werden, also durch eine besondere Veranlassung hervorgerufen sein, so daß sie nicht den Anfang einer dauernden Residentur in Berlin bildet. — Es läßt sich dafür aber durchaus wie mir scheint, keine passende Veranlassung denken, als der Dank für die Dotation<sup>11)</sup>. Erscheint es also wünschenswert, die Sendung bis zum Ende des Jahres abzuhalten, so wird es genügen, die Vollziehung der Dotation so lange zu verschieben, mich aber zu ermächtigen sie bei der Antwort auf die jetzt abgehenden Aktenstücke im nahen Hintergrunde zu halten.“

Die Note Bunsens vom 15. April 1836 besteht aus zwei Teilen. Der erste, wichtigste und ausführlich gehaltene Teil hat die geheime Mitteilung Spiegels über die Praxis der gemischten Ehen zum

11) Von Bunsen unterstrichen.

Gegenstände. Derselbe ist gedruckt in der kurialen Staatsschrift: *Esposizione di diritto e fatto documentata*<sup>12)</sup>.

Er soll darum hier nicht zum Druck kommen, aber der Versuch gemacht werden, die Taktik Bunsens, mit der er das Bestehen einer geheimen Mitteilung leugnet und leugnen könnte, verständlich zu machen.

## A.

### 1. Teil der Note.

#### *Das Breve Pius' VIII. und die geheime Instruktion Spiegels.*

Es sei daran erinnert, daß nach dem preußischen Landrecht vom Jahre 1794 (II. tit. 2 §§ 76—82) das Geschlecht der Eltern, nach der Deklaration vom 21. November 1803 für die Kirchenprovinzen des Ostens und dann nach der Kabinettsorder vom 17. August 1825, die die Deklaration für die westlichen ausdehnte, die Konfession des Vaters die Religion der Kinder entschied (ein Vertrag über Erziehung, also gesetzlich wirkungslos war), daß das Breve Pius' VIII. und die beigegebene Instruktion Albanis vom 25. (resp. 27.) März 1830 in der Kölner Kirchenprovinz den katholischen Pfarrern gestattete, bei Eingehung von gemischten Ehen passive Assistenz zu gewähren, wenn eine passende Sicherstellung der Erziehung der Kinder in der katholischen Religion nicht gegeben wurde. Ferner sei bemerkt, daß Bunsen dieses Breve zuerst angenommen, dann aber zurückgegeben hat, damit Änderungen an ihm vorgenommen würden: 1. sollte der Satz *extra ecclesiam nulla salus*, 2. die Worte, die den Pfarrer ermahnen, sich jedes Zeichens einer Billigung gemischter Ehen und irgendwelchen religiösen Ritus zu enthalten, 3. die Stellen getilgt werden, die den katholischen Eheteil vor dem Eingehen solcher Ehen warnten und an die Pflicht der katholischen Kindererziehung mahnten. Endlich, daß Bunsen, als er das nicht erreichte, sich Breve und Instruktion wiedergeben ließ, um wenigstens vom Erzbischof Spiegel eine solche Auslegung des Breve zu erreichen, daß

---

12) Deutsche Ausgabe: *Urkundliche Darstellung der Tatsachen . . . Regensburg 1838. S. 82—121 mit deutscher und schlechter Übersetzung. Vgl. Über Übersetzung und Übersetzer mein Buch: Forschungen und Akten zur Kirchenpolitik Gregors XVI. S. 283. — In einer anderen deutschen Ausgabe: Denkschrift des Hl. Stuhles . . . Augsburg 1838. S. 61—84 nur die deutsche, aber gute Übersetzung.*

in der Praxis die Kabinettsorder vom 17. August 1825 zur Ausführung käme. Bei diesen mit Spiegel zustande gekommenen Abmachungen ist sorgfältig auseinanderzuhalten:

1. Die Berliner Konvention vom 19. Juli 1834<sup>13)</sup>.

2. Das Pastoralschreiben Spiegels, womit er das Breve (nicht die Instruktion Albanis) bekannt gab und im Sinne des Berliner Abkommens auslegte.

3. Die Instruktion an das Kölner Generalvikariat (später dann die entsprechenden Instruktionen der Bischöfe von Paderborn, Münster und Trier an ihre Generalvikare), die sich mit der Berliner Konvention deckt.

4. Die Zustimmung der Bischöfe von Paderborn und Münster zu dem Berliner Abkommen, endlich

5. Die Zustimmung des Trierer Bischofs v. Hommer gelegentlich einer Zusammenkunft in Koblenz, wo Spiegel mit Bunsen sich eingefunden hatte.

Als man in Rom die Note vom 15. März 1836 beriet und niedersetzte, kannte man diese Vorgänge und Abmachungen im einzelnen noch nicht. Die Kurie sagt auch offen in der Einleitung der Staatschrift: bei der großen Schwierigkeit, von den Bischöfen direkt die erforderlichen genauen Nachrichten zu erhalten, bei dem Mangel einer päpstlichen Vertretung in Berlin . . . habe der Papst die Note an Bunsen befohlen. In dieser Note drückt sie sich denn auch sehr vorsichtig aus. Sie spricht von dem Bestehen einer „geheimen Mitteilung“, die der verstorbene Erzbischof von Köln einige Monate vor seinem Tode an die Bischöfe der Rheinprovinz gerichtet haben soll . . ., von der geheimen, dem Erzbischof von Köln zugeschriebenen und den Bischöfen zugegangenen „Instruktion“; von „acht Artikeln“, aus denen diese Instruktion besteht (sie führt diese auch einzeln an und bespricht sie). Und als Quelle wird angegeben: Vor nicht langer Zeit haben Seine Heiligkeit auf eine Art, die billigerweise keinem Zweifel Raum läßt, erfahren . . . So in der Einleitung der Note. Später: „Der Heilige Vater kann dem, was ihm von verschiedenen Seiten berichtet worden ist, kaum Glauben schenken, daß nämlich diese Umdeutungen (Spiegels) — die im Grunde dieselben Punkte betreffen und zuletzt auf die von der preußischen Regierung verlangten Änderungen in dem Breve

13) Vgl. Schrörs, Die Kölner Wirren 147 ff.

und der Instruktion (Albanis) zurückgehen, — das Ergebnis einer in Koblenz gehaltenen Zusammenkunft sind.“

Auch in der Einleitung ihrer offiziellen Schrift schreibt die Kurie, als ihr die Einzelheiten schon bekannt waren, über das, was sie zur Zeit der Abfassung der Note vom 15. März wußte, ganz richtig:

„Ungefähr anderthalb Jahre nach der Rückkehr des Gesandten verlautete, daß in den westlichen Provinzen Preußens die Existenz einer geheimen Mitteilung kundbar geworden sei, die, wie man sagte, vom Grafen Spiegel, damals Erzbischof von Köln, einige Monate vor seinem Tode an seine Suffragane betreffs der praktischen Ausführung des gedachten apostolischen Breve und der darauf bezüglichen Instruktion des damaligen Kardinal-Staatssekretärs Albanis . . . gerichtet worden sei. Man erhielt von mehreren Seiten den Text jener Mitteilung unter dem Namen einer Instruktion, und es leuchtete auf den ersten Blick ein, daß sie darauf ziele, den Sinn und die Grundsätze jener Dokumente zu verändern und ihrem Wesen nach ganz auf jene Änderungen hinauslaufe, die schon 1831 von der königl. Regierung gefordert und vom Hl. Stuhle verweigert worden waren.“

Man sieht klar: Rom wußte zunächst nichts von der Berliner geheimen Konvention, glaubte vielmehr, es bestehe eine Instruktion von acht Artikeln als die Frucht einer in Koblenz abgehaltenen Konferenz. Auch der Wiener Nuntius<sup>14)</sup> schreibt — und noch am 3. März 1838, wo man in Rom schon besser Bescheid wußte — von „der Konvention zu Koblenz betreffs der gemischten Ehen“. Wie kam man zur Annahme dieser vermeintlichen Koblenzer Instruktion oder Koblenzer Konvention? „An die Zusammenkunft in Koblenz knüpften die Fabeleien über Koblenzer Geheimartikeln an, die durch das Journal hist. et littér. von Lüttich (livraison 15 [1. Oktober 1835] 293—296: instruction secrète du gouvernement prussien sur les mariages mixtes; livr. 21 [1. Januar 1836] 470—481: Inhalt von vier weiteren angeblichen Artikeln) verbreitet und lange geglaubt wurden. Hiernach hätten Spiegel, Hommer, Bunsen und München auf einer Konferenz in Koblenz eine von München verfaßte Instruktion für die Pfarrer vereinbart, die dann auch durch die Bischöfe von Münster und Paderborn unterzeichnet worden wäre“<sup>15)</sup>.

14) Vgl. mein oben angeführtes Buch S. 283 Anm. 101.

15) So bei Schrörs, Die Kölner Wirren. 160<sup>284</sup>.

Hier ist also die Quelle, aus der Rom zunächst schöpfte. In der Einleitung ihrer Schrift wird das auch angedeutet: Artikel, wie sie durch Privatnachrichten angegeben worden waren. Es waren die acht Artikel, die das genannte Journal veröffentlicht hatte. Bunsen konnte lachen, konnte dem Gegner, der ihn treffen wollte, die Pistole aus der Hand schlagen, ehe er zum Schuß kam. Eine Instruktion Spiegels an die Bischöfe gab es nicht. Es gab nur Instruktionen der Bischöfe an ihre Generalvikare. Und in Koblenz war nur der Beitritt v. Hommers zu den Abmachungen Spiegels erfolgt.

Er konnte darum vergnügt das Ergebnis des ersten Teiles seiner Antwort vom 15. April 1836 in die Worte zusammenfassen:

1. que les évêques n'aient pas reçu comme ils n'en pouvaient pas recevoir, une instruction de l'archevêque;
2. que le document qu'on a dénoncé sous ce titre, ne peut exister que dans l'imagination ou dans la malice de celui qui l'a indiqué.

Die Bischöfe von Trier, Münster und Paderborn machten es ebenso. Sie erklärten in der Aschaffener Katholischen Kirchenzeitung (Nr. 123 vom 7. November 1836), obschon sie ebenso genau Bescheid wußten, wie Bunsen, daß die Koblenzer Artikel nicht existierten. Als Metternich später Bunsen fragte<sup>16)</sup>, wie die Bischöfe eine der (Berliner) Konvention entgegenstehende Erklärung in der Zeitung hätten abgeben können, erklärte der Pfiffige ganz folgerichtig: die Konvention sei ein offizieller Akt; die kluge Erklärung der Bischöfe habe sich gegen das Lütticher Journal gerichtet, also gegen eine Privatnachricht, die zudem falsch sei.

Daß die römische Kugel dennoch später Bunsen ins Herz traf, das hatte er dem Widerruf Bischofs Hommer zu danken, der damit Rom die tödliche Waffe in die Hand gab. Freilich lernte Rom auch dadurch noch nicht den Inhalt der Berliner Konvention kennen. Diesen wurde sie erst gewahr durch die offizielle Berliner, von Bunsen verfaßte Staatsschrift: Darlegung des Verfahrens der preussischen Regierung gegen den Erzbischof von Köln (1838), und noch ehe sie dem für die Öffentlichkeit bestimmten Druck übergeben

---

16) Vgl. mein oben angeführtes Buch S. 89.

wurde, nämlich in lithographischer Form. Durch den Widerruf Hommers wurde die Kurie wohl gewahr, daß eine Konvention zwischen Spiegel und Bunsen abgeschlossen worden und eine Mitteilung davon an die Bischöfe erfolgt war, daß diese ihre Zustimmung gegeben und eine Instruktion an die Generalvikare erlassen hatten, erkannte aber auch den Irrtum, den sie in der Annahme einer Koblenzer Konvention mit den angeführten Artikeln begangen hatte. Die Einleitung ihrer Staatsschrift gesteht offen:

„Aus diesen zwei Dokumenten [dem Widerruf und der beiliegenden Instruktion Hommers an seinen Generalvikar] lernte man kennen, daß jenes Aktenstück, von dem in der Note vom 15. März 1836 als von einer dem Grafen Spiegel zugeschriebenen Mitteilung oder Instruktion die Rede gewesen war, in solcher Form und unter diesem Titel, auch in dem materiellen Ausdruck und in der Zahl der Artikel, wie sie durch Privatnachrichten angegeben worden waren, in der Tat nicht existierte.“

Aber es war richtig, wenn sie weiter fortfährt: „Wenn man jedoch den Text der durch den Bischof von Trier erhaltenen eigentlichen Instruktion [an die Generalvikare] mit dem der anderen, auf den in der vorerwähnten Note des Staatssekretariates hingewiesen wurde, verglich, so ergab es sich, daß . . ., was Geist und Wesen des ganzen Inhaltes betrifft, beide ganz gleichförmig waren und sich bei näherer Untersuchung zuletzt auf den Entwurf der Veränderungen reduzierten, die am preußischen Hofe . . . im Jahre 1831 verlangt, aber . . . verweigert worden waren.

---

Da die Note der Kurie vom 15. März 1836 aus einer offiziellen in eine vertrauliche umschrieben und einige Änderungen vorgenommen wurden (vgl. diese Zeitschrift 35, 413), so änderte auch Bunsen seine Antwort vom 15. April dementsprechend um. Die in seiner Antwort vorgenommenen Änderungen schickte er nach Berlin ein. Die des ersten, in der Esposizione gedruckten Teiles gebe ich hier wieder. Die eingeklammerten Zahlen geben die Seiten der in Regensburg 1838 gedruckten „Urkundlichen Darstellung . . . der gewaltsamen Wegführung des Hochw. Frh. v. Droste . . .“ an. Die Änderungen in dem zweiten, hier gedruckten Teil gebe ich im Text an durch Kursivdruck.

## Änderungen im 1. Teil der Note vom 15. April 1836.

## (1. Fassung)

## (2. Fassung)

... solonels; Si le Soussigné doit donc qualifier (80)	solonels. Enfin le Soussigné apprécie ... Revme. S'il doit donc qualifier
dont S. S. s'est forcée de faire ... note officielle (80)	a voulu faire faire ... note confidentielle
graves qu'elles attaques (80)	que, faites officiellement, elles attaque raient
énoncées dans une note officielle. Elle se rappellera aussi que cette démarche a été faite malgré l'offre (80)	énoncées après l'offre
malgré les explications (80)	après
donner dans (80)	donner verbalement
accorder enfin les preuves (80)	enfin après les preuves
déclare ici préalablement, c'est à dire (82)	déclare ici encore plus positivement, c'est à dire
but de la note (90)	note confidentielle
maitre en passant outre les limites de ce qu'on peut attendre d'une réponse offi- cielle à une charge de cette nature. Il se fait donc un devoir de consigner dans cette partie (90)	maitre en profitant de ce caractère con- fidentiel pour consigner etc.
explications toute (90)	explications confidentielles
davantage. [Il eût été peut-être plus con- forme aux usages diplomatiques d'annon- cer au Soussigné d'abord que le St. Siège inquiété par des rumeurs sinistres, dési- rait ardemment de recevoir le rapport des évêques sur l'exécution des Brefs.] Ainsi S. S. (102)	davantage. Ainsi
voudra les juger d'après préparer (110)	juger dès à présent d'après
S. S. sera au moins dès à présent con- vaincue (112)	sera convaincue
préparer. [Schluß im Druck 114.]	

Darauf folgte:

Si la cour de Rome avait donc attendu le rapport des évêques, elle les aurait jugés après les avoir entendus, et leur condamnation préjudicielle n'aurait pas commencé par la charge la plus grave qui jamais a été faite contre des évêques en fonction et en parfaite soumission du Souverain Pontife, celle d'avoir substitué frauduleusement une instruction fabriquée à une instruction pontificale. Il sera difficile peut-être de convaincre même les esprits les plus humbles et les âmes les plus soumises qu'un tel soupçon ait été justifié par un document qui porte sur le front l'empreinte d'une audacieuse imposture ou d'une coupable inexactitude dans le nom impossible que le délateur lui a donné et dans les impossibilités morales que renferme son contenu. Diese Stelle wurde gestrichen.

## B.

## 2. Teil der Note.

(1. Der schriftliche Verkehr der Bischöfe mit Rom; die Bischöfe in ihrem Verhältnis zu Universität und Seminarien; Ehescheidung; Bischöfe und Eheprozesse; bischöfliche Verwaltungsbeamte; Pfarrernerennungen. 2. Gymnasium in Erfurt; Büren; Warburg; Kapuziner in Westfalen. 3. Unterdrückung katholischer Pfarreien; Freiheit der Bischofswahlen; Besetzung der Kanonikate und Verleihung der Pfarrbenefizien. 4. Nuntius in Berlin.)

Le Soussigné ayant rempli le devoir de répondre ainsi à la première partie de la note de Son Eminence Rev.me, passe à la seconde.

La réponse à celle-ci sera plus courte, mais aussi claire et précise.

[1a] Le premier point regarde le système établi en Prusse quant à la correspondance officielle des évêques avec Rome. Le soussigné regrette en quelque manière que les ordres précis et constants, que la légation de S. M. a reçus là-dessus, ne lui permettent pas d'entrer dans *une discussion quelconque sur les principes*<sup>1)</sup> de gouvernement, sur les-quels on peut bien s'entendre en pratique *dans*<sup>2)</sup> un échange confidentiel d'idées, mais que le gouvernement ne croit pas pouvoir soumettre à une controverse diplomatique sans compromettre la dignité de la couronne. Autrement il serait extrêmement facile de démontrer, que ce règlement, adopté dans l'immense majorité des Etats de l'Europe, qui ont un système réglé d'administration, est beaucoup plus naturel, que ne le serait le contraire, par la simple raison qu'il est plus sage et équitable à la fois de donner au gouvernement un moyen légal de connaître ce dont les évêques pourraient croire de devoir se plaindre quant à des mesures législatives qui les touchent, que de le laisser d'un côté dans l'ignorance de ce qui peut embarrasser la conscience des évêques dans ces rapports, et de l'autre sans un moyen sûr et prompt de corriger auprès de la Cour Papale des représentations erronées, qui pourraient s'être glisées dans l'exposé des évêques. Il résulterait du développement de cet argument, que le système en question, loin d'avoir sa base dans une méfiance outrageante, est au

1) Zuerst: la discussion de principes.

2) Zuerst: pratique et par un.



contraire, dans un gouvernement constitué comme l'est la monarchie prussienne, le moyen le plus sûr, d'éloigner toute méfiance, et de conduire toutes les trois parties intéressées, par le chemin le plus court, à s'entendre sur des objets d'un intérêt commun. Vouloir supposer que le but et l'effet d'une telle loi soit de forcer les évêques de n'écrire que ce qui plaît au gouvernement, fût-ce même contraire à leur conscience, ce serait une injure autant pour les évêques, que pour le gouvernement. Le soussigné peut ajouter, que les archives de Rom contiennent des preuves éclatantes, combien cette supposition est en opposition avec les faits. La correspondance même de la légation royale avec la Secrétairerie d'Etat à l'occasion de la communication des rapports diocésains des évêques, prouve que les évêques, et ces mêmes évêques, ont quelquefois inséré des assertions, contre lesquelles le gouvernement a dû protester et qu'il a cru devoir rectifier.

Il y a une seule circonstance que le soussigné ne peut passer sous silence à cette occasion. S'il fût vrai, comme les paroles de la note paraissent le dire, que le réglément qui prescrit, que les évêques donnent connaissance au gouvernement dont ils sont les sujets, des communications qu'ils veulent faire au Souverain Pontife, empêchât une chose, qui fût de l'essence de l'église et de sa constitution, le grief en question contiendrait l'aveu, que l'église catholique romaine aurait cessé d'exister en Prusse longtemps avant et malgré la Bulle 'De Salute animarum', et qu'un Souverain Pontife, révérend par toute la chrétienté, eût sanctionné ainsi un arrangement avec le gouvernement prussien, connaissant parfaitement l'existence d'une circonstance, qui, selon cette manière de voir, serait contraire à l'essence de cette même église. Et certainement rien n'a été changé depuis à cet égard de la part du gouvernement royal: au contraire, le secret de la correspondance sur des affaires de conscience a été admis depuis encore plus explicitement. Mais il y a plus. Le même réglément qui en Prusse doit s'opposer à l'essence de l'église catholique-romaine, existe aussi dans toute son étendue en Russie, en Autriche, en Bavière et dans la presque totalité de l'Allemagne, sans qu'on sache, que l'existence de l'église y ait été compromise par un tel arrangement. Pour ne parler que de l'Autriche, c'est un fait connu, que la loi en question y est plus stricte encore qu'en Prusse, où toutes les demandes de dispenses matrimoniales, c'est à dire dix-neuf vingtièmes de la correspondance des évêques avec Rome, y vont directement, en passant sim-

plement par les mains de la légation, qui est autorisée à agir comme agent gratuit des évêques.

[1b] Tous ces arguments, plutôt indiqués que développés, relatives au système de correspondance, s'appliquent à ce que la note dit sur l'ingérence prétendue du gouvernement dans les fonctions épiscopales. Combien serait-il facile de prouver, qu'il exciterait la surprise et l'étonnement du monde entier de dire, que les évêques sont exclus de la direction de l'enseignement de la théologie aux universités et aux séminaires dans une monarchie où par une loi organique l'archevêque de Cologne a pour Bonn, ainsi que l'évêque de Breslau pour l'université de sa résidence, le Veto absolu sur les professeurs de théologie non seulement à l'époque de leur nomination, mais pour toute la durée de leurs fonctions — pouvoir dont ils ont fait usage plus d'une fois avec le succès qui est assuré dans les pays soumis au sceptre de la maison de Brandebourg à tout exercice d'un droit acquis.

[1c] Il s'entend donc a fortiori que les évêques aient la même autorité quant aux séminaires qui se trouvent sous leurs yeux directement. Comment ne serait-il pas évident, que si les évêques font leur devoir, cet arrangement ne peut que tourner à leur profit, en leur ouvrant la richesse spirituelle de toute la catholicité prussienne, et même allemande en général; que l'évêque d'un diocèse ne peut prétendre de connaître aussi bien que le gouvernement, que reçoit là-dessus les recommandations et les informations de tous les évêques de la monarchie?

[1d] Le Soussigné n'a pas la moindre hésitation de dire, qu'il y avait des lacunes dans la légation, quant au divorce dans le cas de mariages mixtes, et quant à l'exercice de la juridiction des évêques dans les causes ecclésiastiques, dans les provinces rhénanes, où existe la législation française. Mais grâce au système de franche communication entre le gouvernement et les évêques sur les vœux ou griefs de ceux-ci; ces lacunes ont été reconnues, et le Soussigné regrette que le *procédé* <sup>3)</sup> que la Cour de Rome a voulu suivre cette fois l'ait privé du plaisir, qu'elle aurait eu à apprendre avant d'en avoir fait un objet de grief, du rapport prochain des évêques, que ces deux points ont été arrangés

---

3) Zuerst: procédé extraordinaire.

à la satisfaction de ces prélats et conformément à leurs vœux. Au reste la Cour de Rome était informée *verbalement* <sup>4)</sup>, comme le sait Son Eminence Rev.me, des intentions du gouvernement à cet égard.

[1e] Le concours du gouvernement dans la nomination ou la déposition des fonctionnaires, requis pour l'administration épiscopale, ayant toutes les qualités caractéristiques du premier prétendu grief, celui de la correspondance, le Soussigné peut et doit s'abstenir ici de faire plus que de se rapporter à ce qui a été dit à ce sujet.

[1f] Il en est absolument de même quant à la légalité du concours du gouvernement dans la nomination des curés, et c'est pourquoi le Soussigné répond à cette place au passage de la note, qui s'y rapporte. Le gouvernement prussien a laissé subsister sur ce point, qui n'a jamais formé ni n'a pu former l'objet d'une négociation et en conséquence n'est pas touché dans la Bulle 'De salute animarum' comme la note paraît l'indiquer, les droits souverains, qu'il trouva dans les provinces catholiques; il en use de concert avec les évêques et se plaint d'en profiter pour aider ceux-ci dans leurs efforts pour l'instruction religieuse de la population, soumise à leurs soins.

[2.] Ayant ainsi placé dans son véritable jour la discussion qui regarde les griefs contenus dans la seconde partie de la note de Son Eminence Rev.me, le Soussigné n'a qu'à répondre autant que sa connaissance personnelle de faits locaux le lui permet, aux faits desquels la Cour de Rome croit avoir le droit de se plaindre.

[2a] *En passant* <sup>5)</sup> ici sous silence des assertions vagues, qui font l'exorde de cette partie de la note de Son Eminence Rev.me, le premier fait qu'il rencontre est la suppression d'un gymnase à Erfurt. C'est sur ce fait que le Soussigné se trouve parfaitement informé parce que la Cour de Rome l'avait prévenu verbalement (comme jusqu'ici il a été fait constamment dans des cas semblables) des circonstances qui inquiétaient la conscience du Souverain Pontife. La réfutation complète et évidente, que le Soussigné en conséquence est en état de présenter des assertions calomnieuses qui servent de base à cette accusation contre le

4) Zuerst: confidentiellement.

5) Zuerst: Le caractère d'un note officielle paraissant prescrire au soussigné de passer sous silence.

gouvernement prussien peut servir d'exemple pour les autres, où les faits ne lui sont pas connus du tout.

D'après la note donc un décret royal du Roi de Mai 1834 aurait aboli „le célèbre <sup>6)</sup> gymnase catholique“ de la ville d'Erfurt. Les véritables faits sont les suivants.

Il y avait eu depuis des siècles à Erfurt un Lycée, destiné pour toutes les deux confessions, n'ayant de séparé que l'instruction religieuse de la jeunesse, qui s'y préparait à l'université. Ce grand Lycée, plus complètement encore organisé en 1882, était l'institution principale de cette ville, dont la population d'environ 18,000 âmes est presque également divisée quant à la confession. L'institution exclusivement catholique dont il est question, était un *progymnase* <sup>7)</sup> ou un Lycée d'ordre inférieur, divisé en quatre classes. Le gouvernement prussien le laissa subsister tel qu'il le trouva, mais les rapports du gouvernement provinciale ayant prouvé, que cet établissement n'avait eu d'après un terme moyen de huit ans, que 50 élèves en trois classes, et que pour les derniers quatre ans le chiffre du nombre pour toutes les quatre classes ensemble n'avait été que de 51, enfin que du nombre total des élèves en 12 ans, 38 seulement avaient pu être admis aux classes supérieures du Lycée combiné; le gouvernement dut reconnaître la nécessité d'employer plus utilement les fonds que possédait cette école. Il serait absurde de maintenir qu'une école, qui en 12 ans ne livre aux études supérieures que 38 élèves dont 5 seulement devenaient capables de passer à l'université (*un* <sup>8)</sup> pour deux ans et demi!) mérite d'exister comme *progymnase*. Or il existait dans la ville départementale et voisine de Heiligenstadt un Lycée, *simultané* <sup>7)</sup> ou combiné. Il parut donc la chose la plus équitable de transformer ce Lycée *mixte* <sup>7)</sup> dans un établissement, *exclusivement confié à des précepteurs catholiques* <sup>7)</sup> et d'y unir le *progymnase* d'Erfurt qui ne pouvait pas prospérer dans son existence isolée. Voilà la teneur, le sens et le but de l'ordre de cabinet du 29 Janvier 1834, dont évidemment veut parler la note de Son Eminence Rev.me. C'est à Son Eminence que le Soussigné laisse de tirer les conséquences des faits simples et clairs, que le Soussigné vient de Lui exposer, et de dire,

---

6) Von Bunsen unterstrichen.

7) Von Bunsen unterstrichen.

8) Von Bunsen doppelt unterstrichen.

s'il ne serait pas difficile de trouver un expédient plus juste, plus équitable, plus bienveillant pour la population catholique de ce district, que ne l'est celui que choisit le gouvernement de Sa Majesté. Aussi comment pourrait-il être autrement dans un gouvernement, organisé comme celui de la Prusse, qui non seulement a le pouvoir de faire le bien, mais qui par un concert franc et confiant entre ses employés provinciaux et toutes les parties intéressées, représentées en chaque comité provincial et mis en état de connaître la vérité, les intérêts et les vœux des habitants? Dans un gouvernement où de plus existe une opinion publique, ayant un organ légal devant le trône par les états provinciaux, librement élus par la population, dans un gouvernement enfin qui n'a jamais voulu avoir de force plus grande que l'attachement de cette même population?

[2b] En confessant son ignorance absolue sur les faits allégués de Büren, de Warbourg et des Capucins de Westphalie, le Soussigné a la conviction intime, que les accusations qui s'y rapportent, sont d'une nature semblable, c'est à dire qu'elles se fondent sur des faits dénaturés et des suppositions erronées.

[3a] Le prétendu grief qui suit, regarde les dispositions législatives sur l'abolition éventuelle de paroisses. Il suffit de lire le texte de ces dispositions pour se faire une idée de l'exactitude de l'information à laquelle la Cour de Rome a prêté l'oreille. En se rapportant à ce texte, que le Soussigné joint en original à cette note, il se borne d'observer, que la loi du 13 Mai 1833 n'est d'abord que déclaratoire<sup>9)</sup> des paragraphes du droit commun, qui se rapportent à la question générale de la propriété des corporations étaintes. Ces paragraphes en déclarent héritier l'Etat, autant que des statuts particuliers n'en disposent pas différemment. Or la déclaratoire de 1833 modifie ces dispositions générales en deux points. L'Etat renonce au droit de succession, qu'il aurait selon eux à la propriété des paroisses, qui viendraient à s'éteindre. Il y renonce en faveur de la confession dont la paroisse éteinte faisait partie dans la même province (§ 3).

C'était là l'extension la plus grande et la plus libérale que la loi pouvait donner au droit de succession, car la province est la

9) Von Bunsen unterstrichen.

plus haute unité politique; toute la monarchie étant divisée en huit provinces, chacun d'un million et 750,000 habitants en terme moyen et chacune jouissant d'une organisation particulière et ayant des états provinciaux. Cette disposition vaut pour toute la propriété en question, à l'exception de celle, qui n'est ni transportable ni disponible de sa nature comme d'autres fonds d'usage ordinaire: l'église paroissiale et les fonds de fabrique, qui y sont affectés. (§§ 4 et 5.) Cette partie est abandonnée par l'Etat à l'autre confession, qui se trouve dans le même endroit, si elle en a besoin. Afin d'ôter à l'exécution de ces dispositions tout arbitraire, la décision des cas douteux est réservée au Roi personnellement.

Il ne sera pas inutile de se rappeler, que dans les deux provinces, de Brandenbourg et de Saxe, où à l'époque de l'année normale 1621 et jusqu'à une époque très récente, il n'y avait point de paroisses de la confession catholique romaine; il y en avait à l'époque de la publication de la Bulle 'De salute animarum' 45 (5 dans la première, et quarante dans la seconde, y compris le district d'Erfurt et l'Eichsfeld contenant 100,000 âmes) et que la paroisse de S. Hedwige à Berlin, qui sous Frédéric II où elle fut fondée, n'avait que 2 à 3000 à elle seule, compte maintenant près de 10,000 âmes. Au reste la loi est générale, et n'a d'autre caractère, que celui de renoncer à des prétentions fiscales. Sur cet exposé le Soussigné se croit autorisé de prier Son Eminence Rev.me de vouloir juger d'après cet exemple le caractère général des représentations perfides, qui ont été faites à Sa Sainteté pour détruire Sa confiance dans la justice du gouvernement prussien et affliger Son coeur paternel. Car ce sont sans doute ces représentations qui ont fait dire à la note de Son Eminence, que la loi ordonne:

„que le biens appartenants à une paroisse supprimée doivent être soumis à la disposition souveraine pour être employés au bénéfice de la confession regnante<sup>10)</sup> (vigente) dans la province à laquelle appartenait la paroisse.”

Si celui qui a induit la Cour de Rome dans cette erreur, n'est pas allemand, le Soussigné ne veut pas dire, qu'il soit absolument impossible, qu'il se soit mépris de bonne foi sur le sens des paroles claires et précises de cette déclaration, mais chaque allemand peut assurer à Son Eminence que, si cette langue est la sienne, il faut

---

10) Unterstrichen von Bunsen.

qu'il ait fait son rapport avec de la mauvaise foi et sans aucun égard au respect dû au Souverain Pontife, à moins qu'on ne le veuille déclarer *imposteur*<sup>11)</sup>.

[3b] Le second grief n'est pas plus fondé: mais malheureusement il est plus vague que celui-ci que le Soussigné vient de livrer, sans le caractériser, à la perspicacité de Son Eminence Rev.me. C'est pourquoi le Soussigné croit le devoir à la dignité du Monarque qu'il a l'honneur de représenter, de répondre aux assertions vagues d'abus de pouvoir et d'influence de la part du gouvernement royal par la demande, que Son Eminence veuille bien lui préciser les faits, par lesquels et les occasions *dans*<sup>11)</sup> lesquelles ce gouvernement ait outrepassé les limites du droit, que lui reconnaît le Bref adressé aux Chapîtres quant à l'élection des évêques. En attendant il prie Son Eminence Rev.me, de se faire rendre compte des documents officiels, rédigés par les Chapîtres sur l'élection de chaque évêque depuis la Bulle 'De salute animarum' et présentés dans le temps à la Congrégation Consistoriale. Le Soussigné croit que Son Eminence y trouvera d'abord les preuves directes, que l'assertion de la note, malgré la généralité avec laquelle elle se présente, manque de l'appui nécessaire des faits. Mais Elle y trouvera de plus des preuves non moins concluantes de l'extrême délicatesse avec laquelle le gouvernement a au contraire usé du droit qui lui est reconnu. Des phrases comme celle, qui à l'occasion de l'élection de Monseigneur de Wolicki en 1826 en archevêque de Gnesen et Posen furent adressés au Chapître:

„eum ut eligat, quem ecclesiae utilem, Regi gratum esse sciat, quin tamen aliquem nominatim designaret aut commendaret“  
s'y rencontreront partout.

Il est vrai que deux fois le gouvernement a donné à entendre au Chapîtres confidentiellement, ce que le Soussigné n'a aucune hésitation de consigner<sup>11a)</sup> dans cette note confidentielle, qu'une certaine personne qui n'était pas du sein du Chapître, et à laquelle celui-ci n'aurait peut-être pas pensé, ne lui serait point désagréable comme objet de ses votes. Les deux prélats en question sont l'évêque actuel de Culm<sup>12)</sup> et l'archevêque actuel de Cologne<sup>13)</sup>.

11) Unterstrichen von Bunsen.

11a) Zuerst: de dire ici officiellement qu'une.

12) Sedlag.

13) Klemens August v. Droste.

Rien n'empêchait les Chapîtres d'élire de préférence quelqu'un de leur sein; le Soussigné laisse à Son Eminence Rev.me à décider, si l'esprit qui a motivé une telle communication confidentielle soit un esprit de violations des dispositions de la Bulle et hostile ou seulement indifférent quant au bien-être de l'église catholique romaine en Prusse? On dirait en lisant les expressions très fortes de la note de Son Eminence à ce sujet, qu'il y eût conflit régulier entre le gouvernement et les Chapîtres quant à l'élection. En Prusse tout le monde serait au moins surpris d'une telle supposition. Autant que le gouvernement et les Chapîtres ne méconnaissent pas leurs véritables intérêts, ils s'entendront toujours pour le bien et de l'église et de l'état.

Le Soussigné n'hésite donc nullement d'opposer à l'accusation générale sur ce point sa dénégation absolue dans la même généralité, et cela avec connaissance parfaite de cause comme il se flatte, et en ajoutant, que la liberté d'élection, que le Roi a accordée aux Chapîtres des provinces orientales, à l'exception de Breslau, est un acte de générosité plutôt que l'accomplissement d'un engagement, parce-qué la Bulle dit:

„que rien ne sera changé quant aux fonctions des Chapîtres de Culm, de Gnesen et Posen et de Varmie“.

Comme il n'y a pas eu, autant que sache le Soussigné un seul exemple d'une violation quelconque des stipulations contractées quant à l'élection des évêques, il en suit, que la conduite du gouvernement à ce sujet ne peut avoir été la cause comme le dit la note, du délai, qu'a dû quelquefois souffrir pour des raisons indépendantes de la volonté du gouvernement et à son regret, comme le Soussigné a plus d'une fois eu l'honneur de l'exprimer, l'acte de l'élection au delà du terme fixé dans la Bulle sur la proposition même du gouvernement. Au reste le Soussigné observe, que cette disposition de la Bulle ne regarde expressément que les diocèses allemands; donc, dans les provinces orientales seulement Breslau, où il n'y a eu que deux élections: celle de Mgr. de S c h i m o n s k i et celle de Mgr. de S e d l n i t z k i. La Cour de Rom sait, que dans la première il n'y a pas eu de délai, et que dans la seconde le gouvernement n'en a jamais accepté la responsabilité. L'élection de Cologne a eu lieu il y a peu de mois, après quelques semaines de vacance, et quant à celles de Munster et Paderborn l'élection des évêques actuels a eu lieu aussitôt que le Prince-évêque de Varmie,



comme exécuteur de la Bulle avait achevé l'organisation nouvelle du diocèse respectif, conformément aux dispositions de la même Bulle; à Trèves il n'y a pas eu d'élection du tout.

[3c] Le grief suivante regarde la collation des canonicats. Il suffit d'observer, que la Bulle dit, que les collations capitulaires, qui ne sont pas laissées aux évêques seront faites: „quemadmodum in Capitulo Vratislaviensi hactenus factum est“, et que le „désordre“ dont parle la note de Son Eminence Rev.me n'est ainsi que l'adhésion complète et scrupuleuse à la norme<sup>14)</sup>, énoncée dans la Bulle par un Pontife d'immortelle mémoire sur des explications diplomatiques assez claires et positives. Quant aux bénéfices paroissiales — et il n'y en a guère d'autres hors les capitulaires, y compris les bénéfices de l'église collégiale d'Aix-la-Chapelle — la réponse se trouve anticipée dans la seconde partie de cette note, parceque cette question entre dans la catégorie des points, où rien n'a été changé et qui, n'ayant jamais fait l'objet des négociations, ne sont pas touchés dans la Bulle, comme parait le supposer la note de Son Eminence Rev.me.

[4] Le Soussigné se plaint infiniment de reconnaître dans les expressions qui suivent l'exposé de ces triples griefs une pleine et juste confiance dans la justice et la magnanimité de Sa Majesté le Roi. Il regrette seulement, que cet appel à la conscience et à la justice du Roi soit précédé de l'exposé d'accusations, qui à un examen calme et impartial se montrent aussi peu fondées qu'elles sont graves. Le Soussigné doit regretter cette coïncidence d'autant plus, que ces accusations et cet appel précèdent l'expression d'une intention de Sa Sainteté, qui en elle-même ne saurait être certainement considérée par le Roi, que comme une preuve nouvelle de la volonté décidée du Souverain Pontife, de rendre plus strictes et plus intimes encore les liens d'amitié, qui ont jusqu'ici unis si heureusement les deux cours: l'envoi d'un représentant de Sa Sainteté auprès de la personne du Roi. *Il ne sera pas échappé d'abord à la perspicacité de Son Eminence Rev.me, que pour réaliser cette idée il s'agirait d'abord de trouver une forme convenable pour une mission, qui ne fût point une nunciature, forme uniquement usitée pour des Cours et des pays catholiques. Au reste Son Eminence Rev.me jugera du démenti formel*

14) Von Bunsen unterstrichen.

et absolu, que le Soussigné a dû opposer aux communications et délations, sur lesquelles les charges contre le gouvernement prussien sont fondées, combien Sa Majesté doit désirer, que Sa Sainteté ait tous les moyens convenables pour s'assurer de l'exactitude des communications confidentielles et officielles, que le gouvernement n'a jamais hésité de Lui offrir et de faire, et du prix qu'il met à remplir les vœux exprimés par ses organes. Mais Elle peut attendre aussi d'un gouvernement ami, qu'il veuille faire précéder l'envoi d'un représentant quelconque de preuves, qu'Elle rend justice à des faits démontrés, et que les points, sur lesquels roule la note confidentielle de Son Eminence Rev.me, soient éclairés suffisamment à la satisfaction reciproque des deux hautes Cours. La consolidation des rapports amicaux, qui résultera nécessairement des communications qui auront lieu dans ce but, serait ainsi en tout cas la base et la condition de toute négociation ultérieure. Le Soussigné voit le gage précieux de cette consolidation dans les paroles, pleines de conciliation et de sagesse, avec lesquelles termine la note de Son Eminence Rev.me. Sa Sainteté ne sera certainement pas déçue dans Ses espérances; le Roi saura apprécier tout ce qu'il y a de conciliant et d'obligeant dans cet appel fait à Sa justice et à son équité, et ne voudra voir dans l'énergie des représentations que renferme la note confidentielle de Son Eminence, que la mesure du désir sincère, qui anime Sa Sainteté, de voir dégagés de toute incertitude et de l'apparence même d'ombrage les rapports de confiance et d'amitié qui unissent si heureusement les deux hautes Cours.

C'est dans ce sens et dans ce but, que le Soussigné enverra au gouvernement de Sa Majesté la note confidentielle de Son Eminence Rev.me, accompagnée de cette réponse préalable et également confidentielle, et de tous les renseignements et explications verbales, que dans cette intervalle il a été dans l'état de recueillir pour puis attendre les résolutions et les ordres de la Cour Royale.

Le Soussigné en anticipant de ses vœux les plus sincères un heureux résultat de ces communications reciproques, s'empresse de saisir cette occasion pour renouveler à Son Eminence Rev.me Monsieur le Cardinal Secrétaire d'Etat l'hommage respectueux de sa plus haute considération.

B u n s e n.